

Mäßigung statt Neuanfang: Iran nach den Präsidentschaftswahlen 2013

Posch, Walter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Posch, W. (2013). *Mäßigung statt Neuanfang: Iran nach den Präsidentschaftswahlen 2013*. (SWP-Aktuell, 39/2013). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-358001>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mäßigung statt Neuanfang

Iran nach den Präsidentschaftswahlen 2013

Walter Posch

Die elften iranischen Präsidentschaftswahlen vom 14. Juni 2013 sind zwar kein Meilenstein auf dem Weg in Richtung einer Demokratisierung Irans, aber ein wichtiger Indikator für die politische Mäßigung bei gleichzeitiger Stabilisierung des Regimes. Mittlerweile zeichnet sich ab, dass der neue Präsident mit Vertretern des gesamten politischen Spektrums zusammenarbeiten wird. Querschüsse von Seiten politischer Opponenten sind diesmal nicht zu erwarten, da ein Teil der Prinzipalisten integriert und ihr extremistischer Flügel marginalisiert wurde. Auf internationaler Ebene darf man auf eine gemäßigte, konstruktive Außenpolitik hoffen. Der Neuanfang der Beziehungen mit dem Westen muss freilich erst gelingen.

Mit dem klaren Wahlsieg von Hojjatoleslam Dr. Hasan Feridon-Ruhani bei den diesjährigen iranischen Präsidentschaftswahlen setzte sich ein gemäßigter Kandidat durch. Seine Wahl wurde von der Bevölkerung mit einem Vertrauensvorschuss quittiert, der sich auch an den Finanzmärkten niederschlug: Kurzzeitig stieg der Wert des Riyal um bis zu 20 Prozent, während der Goldpreis um etwa denselben Prozentsatz sank.

Wahlergebnis

Das Ergebnis der Wahl fiel eindeutig aus und muss als Niederlage der »Prinzipalisten« bezeichnet werden. Mit 50,71 Prozent lag Ruhani weit vor dem zweitstärksten Kandidaten, dem Bürgermeister von Teheran Mohammad Baqer Qalibaf, mit 16,56 Prozent. Es folgten Sa'id Jalili mit

11,34 Prozent, Mohsen Rezai mit 10,58, Ali Akbar Velayati mit 6,17 und Mohammad Gharazi mit 1,22 Prozent. Selbst wenn man alle Stimmen der Prinzipalisten (Qalibaf, Jalili, Velayati, Gharazi) summiert, kommen diese nur auf etwas über 35 Prozent. Dabei fällt auf, dass das pragmatische Lager der Prinzipalisten (Qalibaf, Velayati) mit 22,73 Prozent deutlich mehr Zustimmung erhalten hat als das der utopischen Revolutionsromantiker (Jalili, Gharazi) mit ihren 12,56 Prozent.

Zeichen der Stabilität

Die mit 72 Prozent hohe Wahlbeteiligung wird von offiziellen Stellen, vor allem vom Revolutionsführer, als plebiszithafter Beleg für die Legitimität des Regimes interpretiert, denn wer wählen gehe, erkenne das

politische System der Islamischen Republik aktiv an. Überraschenderweise sprach Khamenei dieses Jahr erstmals davon, dass »sogar jene Leute dem politischen System der Islamischen Republik vertrauen, die es eigentlich ablehnen.«

Für diese Aussage Großayatollah Khameneis lassen sich gleich mehrere Beweggründe anführen: erstens das Bewusstsein des Regimes, dass die Ereignisse von 2009 Wunden geschlagen haben, zweitens seine Bereitschaft, den Säkularisten und Demokraten in der Islamischen Republik einen gewissen Platz einzuräumen, und drittens die Gewissheit der Führung, dass sie sicher im Sattel sitzt, da weder die Säkularisten noch die demokratischen Strömungen glaubhafte politische Alternativen zur Islamischen Republik anbieten.

Stimmenverteilung

Die Karte, die die Verteilung der Stimmen in den einzelnen Landesteilen darstellt (siehe Centre national de la recherche scientifique, <www.irancarto.cnrs.fr/>, Ausgangsdaten sind die des iranischen Innenministeriums), zeigt im Fall Ruhani eine typische »Reformistengraphik«: starke Gewinne in den konfessionellen und ethnischen Randgebieten und gute bis sehr gute Ergebnisse im Landesinneren. Qalibaf hatte den meisten Zuspruch in seiner Heimatregion Khorasan, und in der Hauptstadt Teheran und konnte darüber hinaus einige Achtungserfolge im kurdischen Westen des Landes verbuchen. In der Region der persisch-balutschischen Sprachgrenze konkurrierte er mit Jalili. Dieser kam nur in Qom und in einigen Wahlkreisen im Osten näher an Ruhani heran. Rezai wiederum dominierte in seiner ethnisch gemischten Heimatregion im Südwesten des Landes. In einigen kleinen ländlichen Wahlkreisen konnte er bis zu 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, was freilich nichts an seinem insgesamt mäßigen Wahlergebnis änderte. Der unbekannte Mohammad Gharazi stürzte mit etwas mehr als einem Prozent vollkommen ab.

Das starke regionale Profil einzelner Kandidaten erinnert an den ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen von 2005. Damals stimmten die Heimatregionen aus Solidarität für »ihre« Kandidaten bevor in der zweiten Runde die eigentliche Entscheidung getroffen wurde. Die lokalen Identitäten, in die ethnische und konfessionelle Faktoren immer mehr hineinwirken, spielten bei der Präsidentschaftswahl 2009 noch keine Rolle. Die Wahlen 2013 beweisen jedoch, dass dieser Aspekt nach wie vor wichtig ist, obwohl er für den Ausgang der Wahlen nicht entscheidend war.

Dauer des Wahlkampfes

Der iranische Wahlkampf dauerte nur knapp einen Monat. Die kurze Frist sollte nicht nur Geld und Ressourcen schonen, sondern vor allem das Entstehen einer politischen Dynamik verhindern, die es dem zukünftigen Präsidenten erlaubt hätte, eine richtige Partei, also eine stabile organisatorische Machtbasis in der Bevölkerung, aufzubauen. An diesem Vorhaben scheiterte sogar Präsident Khatami (1997–2005), auch wenn es ihm mit der »Front des 2. Khordad« beinahe gelungen wäre, eine Volkspartei zu etablieren. Eine ähnliche Entwicklung ist im Falle Ruhanis nicht zu erwarten. Trotz seines beeindruckenden Wahlsiegs gibt es weder eine Aufbruchsstimmung noch eine funktionierende Koalition der Reformparteien. Diese Kräfte, die ursprünglich Khatami unterstützt hatten, waren bei den Wahlen 2009, wo sie sich für Mir Hossein Musavi einsetzten, letztmalig aktiv. Nach den Massenprotesten in jenem Jahr verloren sie den Großteil ihrer Kader durch Verhaftungen und im Laufe der Jahre 2010 und 2011 wurden ihre Organisationen weiter drangsaliert oder gar aufgelöst.

Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Wahlen nur als geringer demokratiepolitischer Fortschritt zu werten. Das politische System des Landes wird nach wie vor von relativ intransparenten und informellen Zirkeln bestimmt.

Die Reduzierung der Wahlkampfphase hatte aber noch einen anderen Zweck: Es sollte so verhindert werden, dass die Kandidaten durch Angriffe auf die Persönlichkeiten der Mitbewerber das Ansehen der Führungselite der Islamischen Republik in den Augen der Bevölkerung zerstören und damit das System im In- und im Ausland diskreditieren. Dieser Punkt war dem Revolutionsführer besonders wichtig. Er unterstrich ihn bei fast jeder seiner Reden vor der Wahl.

In den westlichen Medien galt Jalili als Kandidat des Revolutionsführers. Doch dass dem so gewesen ist, lässt sich nicht belegen, jedenfalls nicht anhand von Aussagen Khameneis. Dieser betonte immer wieder, dass er nicht wisse, wer der nächste Präsident wird. Die Arbeit des pragmatischen Technokraten Hasan Ruhani kennt und schätzt er jedenfalls seit Jahren.

Wahlkampfthemen

Der Wahlkampf verlief aufgrund seiner Kürze relativ ruhig. Vor allem war er aber (fast) frei von Revolutionsrhetorik. Stattdessen bemühten sich die meisten Kandidaten sogar, die Frustrationen der Bevölkerung über die Wirtschaftslage und die Isolation des Landes anzusprechen.

Qalibaf und Rezai, also die beiden Aspiranten, die aus dem Sicherheitsapparat kamen, machten ein potentielleres Sicherheitsproblem für Iran zum Wahlkampfthema, indem sie den Akzent auf die ethnische und religiöse Vielfalt des Landes legten: Qalibaf sprach sich dafür aus, vermehrt Sunniten in Führungsfunktionen bei der Polizei zu berufen, und Rezai setzte sich dafür ein, die Sprachen der Volksgruppen an den Universitäten zu unterrichten. Beide Kandidaten wollten drohende ethnisch-konfessionelle Konflikte durch Anerkennung und Implementierung der Minderheitenrechte entschärfen.

Alle Bewerber gingen auf die soziale Misere des Landes ein. Zwar wiesen die meisten Kandidaten darauf hin, dass Ahmadineschad hierfür die Verantwortung

trage, doch die Kritik ging darüber hinaus und zielte auf das Gesamtsystem: So fragte Rezai, was es denn nütze, wenn die iranischen Raketen Tausende Kilometer weit fliegen können, aber weite Teile der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben und zu wenig zu essen haben. Ähnlich kritisch äußerte sich Ruhani, der rhetorisch fragte, welchen Wert es habe, wenn die Zentrifugen brummen, der Wirtschaftsmotor insgesamt aber stottert?

Alle anderen Kandidaten vermieden es, einen direkten Zusammenhang zwischen der Sanktionspolitik und der Wirtschaftslage herzustellen, schon allein, um den Eindruck zu vermeiden, Iran würde auf äußeren Druck hin klein beigeben. Vielmehr warteten so gut wie alle Bewerber mit dem klassischen Argumentationsrepertoire von Regimen auf, die unter internationalen Sanktionen leiden: dass man die Sanktionen als Chancen sehen müsse, die eigene Effizienz zu steigern und weniger zu verschwenden, dass sie ein Impuls seien, nicht nur auf die Erdölwirtschaft zu setzen, sondern neue Märkte zu erschließen.

Wichtigstes Thema war jedoch die politische Deeskalation und die Überwindung der Isolation Irans. Der vorherrschende Tenor in dieser Debatte war, dass der konfrontative Stil Ahmadineschads dem Land großen Schaden zugefügt habe, den es nun zu beheben gelte. Daher müsse man die Verhandlungen mit den E3+3 erfolgreich zu Ende bringen, was implizit auch eine Einigung mit den USA bedeuten würde.

Nur Sa'id Jalili vertrat eine andere Richtung: Er plädierte dafür, dass Iran seine »Widerstandspolitik« fortsetzt und den Kampf gegen die USA und Israel priorisiert. Diplomatie und Wirtschaft sollten nun in einen »Widerstandsmodus« schalten. Dabei wurde er in der Öffentlichkeit nicht nur von seinem Berater in strategischen Angelegenheiten, Ali Baqeri-Kani, dem Neffen Ayatollah Mahdavi-Kanis, unterstützt, sondern auch von Extremistengruppen wie *Ansar-e Hezbollah*. Deren Ansicht nach war Jalili der einzig akzeptable Kandidat, da alle anderen nach einem Kompromiss mit der

»globalen Arroganz«, also den USA, strebten. Damit unterschied sich Jalili ideologisch und politisch von den anderen Kandidaten der Prinzipalisten.

Das Einhegen der Prinzipalisten

Die Prinzipalisten haben anscheinend versucht, mit Hilfe verschiedener Kandidaten mit unterschiedlichen Schwerpunkten getrennt zu marschieren und vereint zu schlagen. Doch die Differenzen zwischen der Position Jalilis und jener der anderen Kandidaten waren so groß, dass es schwerfällt, von einer einheitlichen Front der Prinzipalisten überhaupt noch zu sprechen.

Diese hatten 2005 mit dem Wahlsieg Ahmadineschads über Rafsanjani ihren Durchbruch erzielt. Doch Ahmadineschad ging bald eigene Wege und zeigte sich ehemaligen Freunden und Förderern gegenüber undankbar. Gleichwohl sollte sein umstrittener Wahlerfolg 2009 das Fanal für die Umgestaltung des gesamten Machtapparats sein. Die Proteste in jenem Jahr wollte man zum Anlass nehmen, um alle Pragmatiker und Reformkräfte aus dem politischen Spiel zu werfen. Die Demütigung Rafsanjanis 2009 und des Enkels Ayatollah Khomeinis, Hassan Khomeini, im Sommer 2010, die Rüpeleien gegen die Großayatollahs in Qom im Winter 2010, und schließlich der Sturm auf die britische Botschaft im November 2011 waren die Höhepunkte dieser Politik einer radikalen, aber einflussreichen Minderheit, deren Ziel es letztendlich war, den Iran in einen autoritären Führerstaat umzuwandeln, die letzten bürgerlichen Freiheiten zu beschneiden und in der Außenpolitik einen utopisch-islamistischen Konfrontationskurs einzuschlagen.

Das Ende der Prinzipalisten?

Es wäre wohl vermessen, zu glauben, dass das aktuelle Wahlergebnis in allen Details von langer Hand durch Khamenei und seine Mitarbeiter arrangiert worden wäre. Vielmehr ist davon auszugehen, dass

Khamenei die Funktionslogik des »halboffenen« politischen Systems Irans wie kaum ein anderer versteht und seine Gewichte dementsprechend verteilt hat. Dadurch erreichte der Revolutionsführer jenen Elitenkompromiss, den er bereits 2010 angestrebt hatte und der eine Schwächung und Reintegration der Reformkräfte ins politische System und ein Einhegen der Extremisten im Lager der Prinzipalisten impliziert. Der öffentliche Auftritt Khameneis neben Hasan Khomeini am 4. Juni 2013 am Grab des Gründers der Islamischen Republik ist der symbolträchtigste Ausdruck dieser Politik.

Doch letzten Endes waren sich die Prinzipalisten selbst ihr größter Gegner. Denn obwohl ihre Bewegung nun ein gutes Jahrzehnt alt ist und mit Ahmadineschad acht Jahre an der Regierung war, scheiterten sie mit ihrem Versuch, eine mehrheitstaugliche politische Botschaft zu formulieren. Sie waren nicht einmal in der Lage, ihre vorhandenen Organisationsstrukturen zu konsolidieren und in die Form einer politischen Partei zu überführen. »Prinzipalismus«, also die Kombination verschiedener rechtsorientierter Gruppen, blieb daher im Kern ein unausgereiftes Projekt. Sowohl von ihrer Organisationsstruktur als auch von ihren Ideen her betrachtet, sind die Prinzipalisten heute sogar schwächer als die Reformisten, und ihr extremistischer Flügel, der jahrelang der Motor der Bewegung war, ist vom System eingehegt worden. Damit dürfte der Bruch zwischen den Extremisten und den Pragmatikern innerhalb dieser Strömung besiegelt sein, so dass man sich fragen muss, ob auf der politischen Rechten nicht schon die Zeit nach den Prinzipalisten angebrochen ist.

Das Schweigen der Generäle

Zu dieser »Einhegung der Prinzipalisten« gehört noch ein anderer wichtiger Aspekt, der oft übersehen wurde: 2013 hielten sich die Generäle der Revolutionsgarden mit Wahlempfehlungen und Interpretationen der offiziellen Ideologie auffallend zurück

und betonten ihre politische Neutralität. Das war vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005, 2008 und 2009 noch ganz anders. Damals bezogen die Kommandanten der Pasdaran, General Rahim-Safavi und sein Nachfolger Jafari, offen gegen die Reformisten Stellung und ergriffen für die Prinzipalisten Partei. Die Zeit der politisierenden Revolutionsgardisten dürfte damit ebenfalls der Vergangenheit angehören. Diese werden sich nun endlich an die Statuten der Revolutionsgarden halten müssen, die ihnen parteipolitische Neutralität vorschreiben.

Großkoalitionär Ruhani

Der Wahlerfolg Ruhanis und die deutliche Absage des Wählers an den Konfrontationskurs und die Widerstandsrhetorik der radikalen Islamisten, die Jalili unterstützten, bedeuten zunächst Mäßigung und mehr Realismus in allen Belangen. Zu dieser Mäßigung gehört auf personalpolitischer Ebene eine Rückkehr erfahrener, professioneller Technokraten an die Schaltstellen der Macht. Keinesfalls handelt es sich um eine Rückkehr der Reformisten und ihres islamischen Demokratisierungsprojekts.

Da Ruhani keine eigene politische Partei oder Gruppierung repräsentiert, wird seine Regierung eine Art Konzentrationsregierung sein, bestehend aus einem Teil der Prinzipalisten, der modernen Rechten Rafsanjanis und der Reformisten. Ruhani braucht daher politische Vertraute und Verbündete in allen Lagern. Unter den Prinzipalisten kommen vor allem Angehörige des Kreises um Hojjatolislam Nateq-Nuri in Frage, mit denen er früher zusammengearbeitet hat. Ins Blickfeld einer solchen Kooperation rücken damit die Abgeordneten Ali Motahhari, Dr. Ghafuri-Fard und Asadollah Badamchian, ohne dass freilich zu diesem Zeitpunkt Genaueres gesagt werden könnte. Aus den Kreisen um Rafsanjani, von denen Ruhani die größte Unterstützung erfahren hat, sind vor allem der Erdölexperte Mohammad Reza Ne'matzadeh und der Wirtschaftsfachmann Mohammad Baqer

Noubakht denkbare Kandidaten für Führungspositionen. Letzterer wird sowohl als Regierungssprecher als auch als Chef des Planungs- und Programmbüros der Regierung gehandelt. Darüber hinaus gilt Noubakht wie Mohammad Nehavandian als potentieller Wirtschaftsminister.

Unklar ist die Lage bei den Reformisten, deren Stimmen ausschlaggebend für Ruhanis Wahl war. Sie leiden nach wie vor darunter, dass sie ihre wichtigsten Protagonisten verloren haben und in den letzten Jahren durch den Verlust der Mehrheit im Parlament kein neues Führungspersonal mehr aufbauen konnten. Dennoch muss Ruhani, vor allem wenn ihm an einer Wiederwahl gelegen ist, Politiker aus diesem Lager einbinden. Dabei kommen jedoch keine Personen in Frage, die sich 2009 exponiert haben. Geeignet dafür wären wohl eher solche, die unter Khatami noch am Anfang ihrer Karriere standen sowie Parlamentarier aus der Fraktion *Linie des Imam*, der die meisten Reformpolitiker im Parlament angehören. Daher überrascht es, dass mit Javad Etta'at ein führendes Mitglied der Reformpartei *E'temad-e Melli* als Wissenschaftsminister genannt wird. Bessere Chancen für dieses Amt werden dem Präsidentschaftskandidaten Mohammad Reza Aref und Ja'far Toufighi zugeschrieben. Ebenfalls dem Reformlager zurechnen lässt sich der ehemalige Botschafter bei den VN, Mohammad Javad Zarif, der wie Ruhani ehemaliger Mitarbeiter, der Sicherheitsexperte Mahmud Vaezi, als Außenminister gehandelt wird. Im Gespräch für den Chefposten der iranischen Atomenergiebehörde sind bereits der jetzige Außenminister Ali Akbar Salehi und Gholamreza Aghazadeh. Beide bringen die nötige Fachkenntnis mit. Aghazadeh hatte dieses Amt bis 2009 inne und trat damals aus bisher nicht bekanntgegebenen Gründen überraschend zurück, Salehi ist Diplomat und Atomphysiker. Als Sekretär des Hohen Nationalen Sicherheitsrats werden ein konservativer Prinzipalist und ein Reformist genannt: Ali Akbar Velayati und Kamal Kharrazi. Dieser Name verwundert, da Kharrazi in seiner Zeit als

Außenminister das Atomdossier Ruhani überlassen musste.

Als Justizminister kommen offenbar Mohammad Esmail Shoushtari, der dieses Amt bereits unter Khatami innehatte, und der ehemalige Informationsminister Ghorbanali Dorri-Najafabadi in Betracht. Sollte tatsächlich Letzterer bestätigt werden, würde dies in der internationalen Öffentlichkeit einen Aufschrei provozieren, da es unter ihm als Informationsminister in den 1990er Jahren zu einer grausamen Mordserie an Intellektuellen gekommen ist.

Die wichtigen Posten werden der des Innen-, Informations-, und des Verteidigungsministers sein. Man darf davon ausgehen, dass in Bezug auf diese Ämter am meisten auf Personalwünsche der Prinzipalisten eingegangen wird. Wichtige Kader im mittleren Management wird Ruhani eher aus dem Kreis um Qalibaf auswählen, auch um zu verhindern, dass dieser von seinem Amtssitz als Bürgermeister von Teheran aus Oppositionspolitik betreibt. Als Verteidigungsminister sind Amtsinhaber Ahmad Vahidi und Ali Shamkhani, der schon unter Khatami diesen Posten innehatte, im Gespräch. Als Innenminister werden der Reformist Mohammad Shariatmadari, der unter Khatami Wirtschaftsminister war, aber aus dem Milieu der Nachrichtendienste stammt, und der ehemalige Gouverneur von Isfahan und Leiter des Wahlkampfbüros Rafsanjani, Eshaq Jehangiri, genannt. Beide werden auch als Minister für Industrie, Bergbau und Wirtschaft gehandelt. Weitere Kandidaten für das Innenministerium sind der ehemalige Informationsminister Ali Yunesi und der auch auf nationaler Ebene bislang unbekannte Bürgermeister von Isfahan, Mortaza Saqaiyannejad, der ebenfalls dem Prinzipalisten Nateq-Nuri nahestehen soll. Von besonderem Interesse ist das Amt des Informationsministers, also des Chefs der iranischen Geheimdienste. Hierfür sind drei Kleriker im Gespräch: der oben genannte Ali Yunesi sowie Hasan Taromi und Hojjatolislam Shafii. Yunesi und Shafii bringen für dieses Amt bereits die nötige nachrichtendienstliche Erfahrung mit.

Insgesamt ergibt sich das Bild eines ausgeglichenen Kabinetts, in dem pragmatische Technokraten dominieren und namhafte Reformisten auch auf heikle Positionen zurückgebracht werden, dem aber auch einzelne Personen angehören, die dem radikalen Spektrum zuzurechnen sind.

Innenpolitik

Innenpolitisch wird Ruhani in erster Linie auf Ausgleich setzen, weniger auf große Gesten. Fragen zur möglichen Freilassung der Reformpolitiker Mir Hossein Musavi und Mehdi Karrubi beantwortete er zunächst vorsichtig mit dem Hinweis, dass eine solche Entscheidung nicht im Machtbereich des Präsidenten allein liege, sondern mit allen anderen Behörden abgestimmt werden müsse. Dieser Prozess, so Ruhani, brauche Zeit. Anders ausgedrückt: Hinter den Kulissen wird nicht darüber diskutiert, ob, sondern nur noch wann und wie die beiden Symbolfiguren des Jahres 2009 freigelassen werden.

Die Entwicklung in zwei Bereichen der Innenpolitik werden besonders interessant sein, weil sie für die Art, wie die Islamische Republik in der Welt agieren wird, wichtige Aufschlüsse geben: die Kulturpolitik und das Verhältnis zum Sicherheitsapparat.

In der *Kulturpolitik* und in den »kleinen Freiheiten« (Kleidungsvorschriften, Zensur usw.) sind durchaus Entspannungen und Erleichterungen zu erhoffen. Die Erwartungen der Kulturschaffenden sind jedenfalls sehr groß: So überreichten iranische Filmschaffende Ruhani einen offenen Brief, in dem sie die gewünschten Eigenschaften des zukünftigen Kulturministers beschrieben. Iranische Journalisten forderten die Umsetzung der iranischen Verfassung, die unter anderem Pressefreiheit vorsieht.

Im *Sicherheitsapparat* ist Ruhani, der jahrelang dem Hohen Nationalen Sicherheitsrat als Generalsekretär diente, ebenfalls kein Unbekannter. Dass hier nicht alles zum Besten steht und Machtkämpfe vor allem im Informationsministerium toben, ist allgemein bekannt. Ruhani wurde unmittel-

bar nach seiner Wahl daran erinnert. So hieß es zunächst, dass das Informationsministerium ihm zu seinem Wahlsieg gratuliere. Einige Tage später wurde diese Meldung mit der Bemerkung widerrufen, das Ministerium könne aufgrund seiner politischen Neutralität aus Prinzip keinem Wahlsieger gratulieren. Dass es überhaupt zu widersprüchlichen Aussagen gekommen ist, weist auf die Tiefe der Spannungen hin.

Im Übrigen scheint die unheimliche informelle *Macht radikaler Splittergruppen* gebrochen zu sein. Diese hatten sich um Ahmadineschad und später um Jalili geschart. Heutzutage sind sie sogar im Ausland bekannt und damit ist auch ihre Macht gebannt, die in den 1990er Jahren ja großteils darauf beruhte, dass man anfangs nicht wusste, um wen es sich bei diesen gewalttätigen Gruppen handelt. Nur einer der Anführer von *Ansar-e Hezbollah*, Hoseyn Allah-Karam, drohte mit Massenprotesten, sollte Ruhani zur Rafsanjanischen Liberalisierungspolitik zurückkehren. Der Revolutionsführer brachte seinerseits seinen Wunsch, dass alle politischen Kräfte Ruhani unterstützen sollen, deutlich genug zum Ausdruck, ein Appell, der als Warnung an die Extremisten verstanden werden kann. Das erklärt, warum sogar radikale Gruppen Unterstützungserklärungen auf ihren Internetseiten veröffentlichten. Damit hat Ruhani, der sich vom radikalen politischen Spektrum ohnehin nie hat beeindrucken lassen, ungleich bessere Voraussetzungen, von politischen Extremisten in Ruhe gelassen zu werden als Khatami seinerzeit.

Außenpolitik

Die größten Herausforderungen erwarten den neugewählten Präsidenten jedoch in der Außenpolitik. In der Regionalpolitik hat die neue Regierung wenig Handlungsspielraum.

Syrien

Was Syrien betrifft, bleibt Iran keine andere Möglichkeit, als das Assad-Regime weiter-

hin zu unterstützen. Zum einem, weil Iran in den letzten drei Jahrzehnten viel in die Sicherheitskooperation mit Damaskus investiert hat. Ein Verlust des syrischen Partners würde einen schweren strategischen Rückschlag gegenüber dem Westen und Saudi-Arabien bedeuten. Zum anderen misslang der Versuch Teherans, mit der syrischen Opposition ins Gespräch zu kommen. Und schließlich ist auch die Angst vor einer Machtübernahme radikaler Jihadis ein Motiv, Assad weiterhin zu unterstützen. Allenfalls werden die Bemühungen Irans, Assad zu Reformen und Konzessionen zu bewegen, unter Ruhani zunehmen. Außerdem wird Teheran darauf insistieren, in jede internationale Verhandlungslösung über die Zukunft Syriens als vollwertiger Partner eingebunden zu werden.

In diesem Zusammenhang ist das *iranisch-saudische Verhältnis* genau zu beobachten. Die beiden islamischen Führungsmächte konkurrieren am Persischen Golf und darüber hinaus in der gesamten Region um Macht und Einfluss. Der Tiefpunkt der bilateralen Beziehungen wurde unter Ahmadineschad erreicht. Seither sind die Saudis dazu übergegangen, die Gefahr eines »schiitischen Halbmondes« an die Wand zu malen, einer regionalen Vormachtstellung Irans, die es dem Land erlaube, seinen Einfluss vom Persischen Golf bis an die Levante auszudehnen. Doch schon 2011 ließ Außenminister Salehi verlauten, dass die Verbesserung des Verhältnisses zu Saudi-Arabien einer seiner Schwerpunkte sein werde. Unter Ruhani wird die iranische Diplomatie vermehrte Anstrengungen in diese Richtung unternehmen. Allerdings sind die Unterschiede in den Prioritäten auf beiden Seiten des Golfes beträchtlich: Iran geht es in erster Linie darum zu verhindern, dass das strategische Patt in Syrien den konfessionellen Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten in der Region weiter anfacht. Riyadh wiederum ist hauptsächlich am iranischen Nuklearprogramm interessiert, von dem zu Recht befürchtet wird, dass es iranische Hegemonialmachtansprüche untermauert. Da Teheran in

dieser Angelegenheit bisher kaum Diskussionsbedarf mit seinen Nachbarn gesehen hat, würde eine Gesprächsbereitschaft Irans einem Paradigmenwechsel gleichkommen.

Nuklearpolitik

Ohne Zweifel wird die Atomfrage das alles bestimmende Thema der iranischen Außenpolitik bleiben. Auch hier ist Ruhanis Bemühen um politische Moderation und Mäßigung erkennbar. So musste der wichtigste Vertreter des »Widerstandslagers« Ali Baqeri-Kani, der in den letzten Jahren die eigentliche Federführung bei den Verhandlungen innehatte, seine Auslandsreisen in europäische Hauptstädte absagen. Das allein ist noch kein Durchbruch; es zeigt aber, dass Ruhani in diesem Punkt auf den Westen zugehen will. Das heißt nicht, dass Teheran sein Nuklearprogramm aufgeben wird. Doch hat Ruhani schon früher größere Flexibilität und ein prinzipielles Verständnis für die Sorgen der internationalen Gemeinschaft gezeigt und genießt einen ausgezeichneten Ruf bei den damaligen Verhandlungspartnern. Doch nach mehr als einer Dekade Verhandlungen ist das iranische Nuklearprogramm weit fortgeschritten, und zum *acquis* der Konsultationen gehört mittlerweile ein umfangreiches und kompliziertes Sanktionssystem. Große vertrauensbildende Gesten sind für beide Seiten daher um ein Vielfaches schwieriger geworden.

Trotzdem ist die weitverbreitete Auffassung, wonach es den Iranern nur um Zeitgewinn gehe und Gespräche, wenn überhaupt, nur vor einer glaubwürdigen militärischen Drohkulisse sinnvoll sind, zurückzuweisen. Zum einen hat Iran bisher solche Drohgebärden kaum ernst genommen. Zum anderen ist auch in Reden des Revolutionsführers der Wunsch nach einer Verhandlungslösung und damit nach Lockerung oder Abschaffung der Sanktionen erkennbar. So sprach sich Habibollah Asgar-Oladi, ein wichtiger fundamentalistischer Vertreter des Bazars, also der politisch einflussreichen traditionellen Händlerschicht,

nicht nur energisch dafür aus, die Verhandlungen mit den E3+3 zügig voranzutreiben, sondern ging sogar so weit, die Gründung einer gemeinsamen amerikanisch-iranischen Handelskammer vorzuschlagen. Dass ausgerechnet in jenen Kreisen, die bislang die USA am meisten verteufelt haben, über Zusammenarbeit mit ihnen laut nachgedacht wird, zeigt den relativen Erfolg der Sanktionen.

Allerdings kann dieser Erfolg nur dann ausgenützt werden, solange die iranische Seite überzeugt ist, dass die Sanktionen ein Druckmittel sind und nicht politischer Selbstzweck oder gar Mittel zum Regimewechsel geworden sind. Eine fortgesetzte Isolierung würde dem eben überwundenen »Widerstandsdiskurs« wieder neue Nahrung geben und Ruhani kaum eine andere Wahl lassen, als seinerseits mit der entsprechenden »Widerstandsrhetorik« zu reagieren.

Doch mit Ruhani kehrt nun ein politisch gut vernetztes Team an Experten an die Macht zurück, von dem der Westen politische Mäßigung erwarten darf. Die Isolation der Extremisten innerhalb des Regimes ist eine Chance für beide Seiten, die beinahe totgefahrenen Atomverhandlungen wieder aufzunehmen und auf konstruktiver Ebene fortzusetzen.

Deeskalation, politische Mäßigung und Einhegen der eigenen Extremisten sind zwar die Grundvoraussetzungen für einen Neuanfang, aber keine Erfolgsgarantien. Beide Seiten tun also gut daran, ihre Erwartungen zunächst gering zu halten. Der Neuanfang muss erst gelingen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364